

## **Antrag**

**der Abgeordneten Carsten Ovens, Stephan Gamm, Thilo Kleibauer,  
Dietrich Wersich, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

### **Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020**

#### **Einzelplan 3.2 Behörde für Wissenschaft und Forschung**

Aufgabenbereich 246 Steuerung und Service

Produktgruppe 246.02 Grundsatz und Betreuung der Hochschulen

Produktgruppe 246.03 Bau- und Investitionsplanung

#### **Betr.: Ein modernes Naturkundemuseum für Hamburg**

Mit der Gründung einer „Stiftung Naturkunde Hamburg“ unter dem Dach der Universität ist Ende November 2017 die operative Basis für ein neues Naturkundemuseum in der Hansestadt gelegt worden. Jetzt geht es darum, diese Idee zu realisieren.

Die Gründung der „Stiftung Naturkunde Hamburg“ ist ein immens wichtiger Schritt auf dem Weg zur Realisierung eines neuen Naturkundemuseums in Hamburg. Zudem ist es gerade aus Sicht Hamburgs als Stadt der Mäzene und Stifter zu begrüßen, dass sich zwei private Institutionen, die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Zoologischen Museums Hamburg und der Naturwissenschaftliche Verein in Hamburg, dieses Themas annehmen.

Im September 2018 verkündete der Senat, dass er einen Antrag bei der Leibniz-Gemeinschaft stellen werde, um den Betrieb eines Naturkundemuseums zu finanzieren. Das Museum solle die bisher verstreuten, eher unwürdig untergebrachten, naturkundlichen Hamburger Sammlungen aus Zoologie (86.000 Besucher pro Jahr), Mineralogie (9.000 Besucher) und Geologie (6.000 Besucher) an einem Ort neu vereinen. Einen festen Ort für das neue Museum gebe es derweil allerdings noch nicht.

Daher ist die Errichtung des „Evolutioneums“ noch keineswegs gesichert. Es obliegt der Verantwortung von Bürgerschaft und Senat, die Initiative zu unterstützen und dadurch den Wissenschaftsstandort Hamburg an Qualität und Strahlkraft anzureichern. Denn um namenhafte Sponsoren aus Wirtschaft und Gesellschaft zu gewinnen, braucht es eine klare Positionierung der Stadt.

Gleichzeitig wurde im Juli 2016 bekannt, dass ein Schweizer Investor das sogenannte Fernmeldegebäude in der Schlüterstraße erworben habe. Dieses Gebäude ist eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Universität räumlich am Campus Von-Melle-Park zu erweitern oder für das neue Naturkundemuseum nutzbar zu machen. Immerhin forderte die Universität in mehreren Beschlüssen, dass das Gebäude in der Schlüterstraße für die Universität von der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung im besten Fall gekauft, mindestens aber angemietet werde.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. zusammen mit der Stiftung Naturkunde Hamburg und der Universität Hamburg sowie dem Centrum für Naturkunde die Kosten eines Neubaus oder einer Umnutzung eines bestehenden Gebäudes für das Naturkundemuseum sowie des Museumsbetriebs zu evaluieren.
2. gemeinsam mit der Stiftung ein geeignetes Grundstück für das Museum zu identifizieren und eine internationale Ausschreibung für den Museumsneubau durchzuführen oder ein geeignetes Gebäude zu definieren, um das Projekt umzusetzen, und dabei insbesondere das ehemalige Fernmeldeamt in der Schlüterstraße für eine Nutzung für das Naturkundemuseum zu prüfen.
3. Gespräche mit dem Eigentümer und der Universität über einen Kauf oder eine Anmietung des Fernmeldeamtes in der Schlüterstraße weiter zu führen und eine geeignete Lösung dafür zu finden, dass das Fernmeldeamt für das Naturkundemuseum als neuer Standort genutzt werden kann.
4. sollte das Fernmeldeamt in der Schlüterstraße nicht für das Naturkundemuseum geeignet sein, Gespräche mit dem Eigentümer und der Universität über einen Kauf oder eine Anmietung des Fernmeldeamtes in der Schlüterstraße weiter zu führen und eine geeignete Lösung dafür zu finden, dass das Fernmeldeamt in der Schlüterstraße unabhängig vom Naturkundemuseum von der Universität Hamburg genutzt werden kann.
5. die Möglichkeiten zur Finanzierung des nachhaltigen Betriebs des Naturkundemuseums zu prüfen und die notwendigen Mittel dafür in den Haushalt einzustellen.
6. der Bürgerschaft über die Bemühungen zu den Petita 1 bis 5 bis zum 30. Juni 2019 zu berichten.